

Stellungnahme der LAG Bildung und Schule der Partei Die LINKE
Keine Abschlussprüfungen ab dem 20.4.

Mit Verwunderung haben wir die Entscheidung der Senatsbildungsverwaltung zur Kenntnis genommen, die Abschlussprüfungen für die Berliner Schulen beginnend ab dem 20.4. abhalten zu lassen. Wir erwarten bei einer Umsetzung dieser Entscheidung eine weitere Verschärfung der bestehenden ungleichen Bildungschancen und teilen die Gedanken, die sich Schüler*innen und Pädagog*innen um ihre Gesundheit machen.

1) Verpflichtende Prüfungen können in der jetzigen gesellschaftlichen Ausnahmesituation nicht durchgeführt werden

- Dass ein ausreichender gesundheitlicher Schutz für Schüler*innen und Lehrkräfte gewährleistet werden kann, ist fragwürdig.
- Die Corona-Krise und die in Berlin verhängten Ausgangsbeschränkungen stellen für alle Menschen eine Ausnahmesituation dar, die Stress und eine mögliche psychische Belastung mit sich bringt. Auch Schüler*innen sind – zusätzlich zum bereits vorhandenen Prüfungsdruck – davon betroffen. In solch einer Situation, Abschlussprüfungen durchzuführen, ist nicht sinnvoll.

2) Die geplante Durchführung der Prüfungen würde die Chancenungleichheit erhöhen

- Bestimmte Schülergruppen sind von der Schließung der Schulen und Bibliotheken sowie dem Wegfall weiterer Unterstützungsstrukturen besonders hart betroffen. Wo sollen Schüler*innen ohne eine ruhige Lernatmosphäre zu Hause lernen? Von wem bekommen sie inhaltliche Unterstützung, wenn diese im häuslichen Umfeld nicht vorhanden ist? Wie sollen sie mit Mit-Schüler*innen Lerngruppen organisieren, wenn dafür die technischen Voraussetzungen fehlen, oder Gruppenprüfungen vorbereiten?
- Schüler*innen aus Familien, die durch die Corona-Krise auch in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sind, werden durch diese angespannte Situation zusätzlich belastet und haben noch weniger Kapazitäten, sich auf ihre Prüfungen vorzubereiten.

3) Solidarität statt Konkurrenzdruck

- In der jetzigen gesellschaftlichen Ausnahmesituation verschieben sich für viele Menschen – auch für viele Erwachsene – die Prioritäten. Andere Dinge schieben sich in den Vordergrund: Die Kinderbetreuung, die Gedanken um ältere und kranke Verwandte oder die Solidarität mit den Pflegearbeiter*innen und Nachbarn. Da jungen Erwachsenen zu vermitteln, ‚Konzentrier dich auf dich und deinen Karriereweg! Sonst schnappt dir jemand deinen Studien- oder Ausbildungsplatz weg‘, ist weder der jetzigen Krisensituation noch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt gegenüber angemessen.
- Statt Karrieredenken & Leistungsdruck sollte viel mehr gegenseitige Solidarität im Vordergrund stehen, gerade auch bei der Anerkennung der

Abschlüsse. Die KMK hat dafür die Grundlage geschaffen, indem sie die gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse zusicherte „für den Fall, dass Abschlussprüfungen gar nicht durchgeführt werden können“. Berechnungsmodelle für diesen Fall, z.B. über den Jahrgangsteil, gibt es bereits.

- Auch ein Abitur oder MSA ohne Prüfungsleistungen ist vollwertig. Schließlich stützt sich ein Abschluss nach 10, 12 oder 13 Jahren Schule nicht bloß auf die letzten Prüfungen, sondern auf jahrelanges Lernen. Im Falle der BBR-Prüfungen geht Berlin ja auch diesen Weg. Der abwertende Ausdruck „Notabitur“ ist in diesem Sinn irreführend.
- Sollten sich manche Berliner Schüler*innen durch die Absage ihrer Abschlussprüfung benachteiligt fühlen, sollte geprüft werden, inwiefern und wann ihnen die Möglichkeit freiwilliger Abschlussprüfungen eingeräumt werden kann.

4) Keine Prüfungen ab dem 20.4.

- Im Beschluss der KMK heißt es, dass „alle Schülerinnen und Schüler keine Nachteile aus der jetzigen Ausnahmesituation haben werden.“ Weiterhin heißt es dort: „Schülerinnen und Schüler müssen eine ausreichende Zeit zur Vorbereitung erhalten.“ Da beide Vorgaben mit dem Beschluss der Senatsbildungsverwaltung zur Abhaltung der Prüfungen nicht eingehalten werden können, bleibt Berlin nur, die Prüfungen nicht am 20.4. beginnen zu lassen.
- Andere Bundesländer geben sich mehr Zeit. Mecklenburg-Vorpommern oder NRW haben ähnlich frühe Ferienzeiten wie Berlin, wollen ihre Prüfungen aber frühestens ab Mai bzw. ab dem 12.5. stattfinden lassen. Dass die Abschlussprüfungen dann wirklich stattfinden, ist keineswegs sicher.
- In den vergangenen Tagen und Wochen haben sich Gruppen wie der Landesschülerratsausschuss, Schüler*innen verschiedener Schulen, die Vereinigung der Berliner Gymnasialschulleiter und die Vereinigung der Berliner Sekundarschulleiter (BISSS) mit guten Gründen für die Absage der Prüfungen positioniert. Auch die GEW mahnt an, dass die Prüfungen nicht stattfinden sollen, „wenn eine für alle Schüler*innen faire Prüfung nicht möglich ist.“ Diese Bedenken gilt es ernst zu nehmen.

Im Sinne der hier aufgeführten gesundheitlichen und pädagogischen Gründe fordern wir die Senatsbildungsverwaltung auf, die für den Zeitraum ab dem 20.4. geplanten Abschlussprüfungen abzusagen.

Abschlussprüfungen könnten erst stattfinden, wenn der Gesundheitsschutz für Prüflinge und Prüfende gewährleistet ist und es eine bundesweit abgestimmte, ausreichende Vorbereitungszeit gegeben hat. Sollten diese Voraussetzungen in absehbarer Zeit nicht gegeben sein, gilt es, die Prüfungen gänzlich abzusagen.

Franziska Brychcy und Philipp Dehne im Auftrag der LAG Bildung und Schule
Kontakt: lag.bildung@dielinke.berlin, 0163 8696902